

## Hannes Swoboda gibt MSG-Schülern beim Neujahrsfest 2012 ein Interview zur aktuellen Lage der EU

Am 21. Januar 2012 lud der Vorsitzende der Europäischen Gesellschaft für Politik, Kultur, Soziales e.V. Diaphania, Evangelos Goros in Zusammenarbeit mit dem mitveranstaltenden Mönchseegymnasium, zum zehnten Internationalen Neujahrsfest. Gefeierte wurde erstmals unter der Glaspyramide der Kreissparkasse Heilbronn. Vor der Veranstaltung gab es für Schüler des Mönchseegymnasium Heilbronn die Möglichkeit, den Vorsitzenden der Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament und Laudatoren für die Preisträgerin Evelyne Gebhardt, MdEP, Herrn Hannes Swoboda zu interviewen. Mit dabei war auch Manfred Stockburger von der Heilbronner Stimme.

Hannes Swoboda ist 1946 als Sohn einer Ungarin und eines Mähren in der Nähe von Wien geboren. Er studierte Jura und Volkswirtschaftslehre, danach war er Minister in der Stadtregierung der österreichischen Hauptstadt. Seit 1996 sitzt Swoboda für sein 1995 in die EU eingetretenes Heimatland Österreich im Europäischen Parlament und war lange Zeit stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion, bis er im Jahr 2012 dem aktuellen EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz auf den Vorsitz folgte. Im Auftrag des Parlamentes war er außerdem Berichterstatter für die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, zu denen er auch seine Festrede hielt.

Besonders interessiert waren die Schüler an den Ausführungen über die aktuelle Finanzkrise und so handelte auch gleich die Eingangsfrage von der jüngsten Abwertung zahlreicher Eurozonen-Staaten durch die amerikanische Rating-Agentur Standard & Poor's.

Hannes Swoboda machte klar, dass er diese Abwertungen für ungerecht hält, da wichtige Faktoren wie z.B. die niedrige Arbeitslosigkeit in Österreich bei den Ratings nicht berücksichtigt werden. Dennoch könne eine so große wirtschaftliche Verflechtung, wie sie in der Eurozone bestehe, zu solchen Ergebnissen führen, welche aus seiner Sicht keine große Aussagekraft besitzen.

Ursächlich für die aktuelle Krise sei alleine Griechenland, da andere Staaten wie Spanien Budgetüberschüsse hatten. Allerdings gebe es einen schwerwiegenden, systematischen Fehler der südeuropäischen Staaten Spanien, Griechenland, Portugal und teilweise auch Italien, nämlich die Abwanderung von Industrie und die Verlagerung der wirtschaftlichen Priorität auf den Tourismus, also einer für Krisen sehr anfälligen Branche. Auch hätten diese Länder die europäische Regionalförderung falsch eingesetzt, denn diese sei für die Verbesserung der Bedingungen für die Wirtschaft gedacht gewesen, und nicht nur für den Bau von Straßen. Als Unterstützung schlägt er eine starke Kooperation auf Wissenschaftsebene vor, um die Staaten von Grund auf zu stärken und für die Industrie Anreize zu setzen, sich wieder in diesen Regionen anzusiedeln. So wie in Baden-Württemberg, das eine sehr große Industrie besitzt und auch in der Wissenschaft vorne mit dabei ist, müsse auch dort die Wissenschaft als Grundlage für die Wirtschaft dienen.

Als Europäer lehne er jede Art von Nationalismus und Engstirnigkeit ab und vor allem vor dem Hintergrund der andauernden Krise verlangt er ein Mehr an Europa. Die öffentliche Diskussion dürfe nicht zum Thema haben, ob es mehr oder weniger Europa geben solle, sondern nur, welches Europa wünschenswert sei. Für die aktuelle Krise gebe es nur eine gemeinsame Lösung und für diese könnten die Vereinigten Staaten von Amerika als Beispiel stehen, die als Föderalstaat relativ eigenständige Bundesstaaten haben, aber durch eine gemeinsame Notenbank und eine gemeinsame Bundesregierung, welche auf die Budgets und die Wirtschaft der Bundesstaaten Einfluss nehmen kann. Als kurzfristige, reale Umsetzung könne er sich eine Troika aus dem Präsidenten der Europäischen Kommission, der in Personalunion auch der Präsident des Europäischen Rates sei, des Außenministers und eines Finanzministers vorstellen. Der Finanzminister würde dann auch der Vorsitzende des Ministerrates der Finanzminister sein und den nationalen Ministern Budgetrahmen zuweisen.

Auch wurde Swoboda gefragt, wie er als Europapolitiker sich die ideale EU vorstelle. Er sagte, dass er vor allem die Lissabon-Ziele erfüllt sehen möchte, die die Kommission nur unzureichend durchgesetzt habe, da ihr der Mut fehle, auf Missstände aufmerksam zu machen. Auch müsste es viel mehr pro-europäische Kräfte geben, da es aktuell einfacher wäre, anti-europäische Politik zu machen und so die Vermittlung der Ziele erschwert würde.

Auf die Frage, ob es Europa nicht an charismatischen Politikern fehle, erklärte er, dass dies tatsächlich zutrefte, und dass dies zu einer Entwertung der EU führe. Kluge Köpfe und charismatische Persönlichkeiten würden eher in die Finanzwirtschaft gehen, dafür sei die Politik auch selbst verantwortlich. Oft, wie im Falle der Leiterin der gemeinsamen europäischen Außenpolitik, Catherine Ashton, die in der Öffentlichkeit als uncharismatisch wahrgenommen werde, müsse man den Politikern aber auch die Chance geben, sich zu profilieren.